

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages.

Alles hängt mit allem zusammen, diesen Satz sagte die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Deutschen Bundestag anlässlich einer finanzpolitischen Krisensitzung zum Thema Eurorettung.

Erst habe ich gedacht, mein Gott wie geistreich. Heute weiß ich, dass es eine richtige Aussage war, denn bei genauer Betrachtung stellen wir auch für den Kreishaushalt fest: Bundes- und Landespolitik wirken sich auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten aus.

Alles hängt tatsächlich mit allem zusammen.

Zum Beispiel mit erfolgreicher Bundespolitik von CDU/CSU und FDP.

Keine Bundesregierung hat bislang so nachhaltig und so wirkungsvoll die Kommunen von Lasten befreit, z.B. durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung, der sich konkret im Kreishaushalt niederschlägt.

2012 betrug die Entlastung noch 3 Million Euro, für 2013 sind 75 %

Kostenübernahme vereinbart mit einem Entlastungsvolumen von 7.5 Millionen Euro und für 2014 übernimmt der Bund dann 100 % der Grundsicherungslasten in Höhe von 11.0 Millionen Euro.

Konkret, damit das auch deutlich wird. Damit wird die Kreisumlage um etwa 3,0 von Hundert im Jahr 2013 und um 4 Punkte im Jahr 2014 entlastet. Oder umgedreht. Hätte der Bund nicht geholfen, läge heute unsere Kreisumlage im Bedarf nicht bei 108,5 Mill Euro sondern bei 116,0 Millionen Euro und wir müssten den Hebesatz von heute geplant 36,8 auf 39,8 Punkte anheben.

Weiterhin beteiligt sich der Bund zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe von 26,4 % der Kosten mit einer stattlichen Summe von gut 8 Millionen Euro.

Desweiteren übernimmt der Bund die wichtigen Aufgaben für Bildung und Teilhabe finanziell komplett mit einer Entlastung für unseren Haushalt in Höhe von ca. 1,6 Millionen. Demgegenüber fallen die Kostensteigerungen beim Strom durch die EEG Umlage mit 117.000 Euro mehr als gering aus. Aber auch hier stimmt der Satz: Alles hängt mit allem zusammen.

Oder denken Sie an die Kostenbeteiligung des Bundes zum Ausbau der U 3 Plätze. Ein außergewöhnlicher Akt der Solidarität der uns in die Lage versetzte, deutlich das Versorgungsziel des Gesetzgebers zu erfüllen.

Gerade hat der Bund noch mehr als 590 Millionen zusätzlich in einem Nachtrag zur Verfügung gestellt, um das gesellschaftliche Ziel. Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch zu erreichen.

Die Versorgungsquote im Kreis liegt Ende 2013 bei 39,9 %, und die Versorgung für Kinder mit einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz liegt bei 99,7 %. Wir haben mit guter Arbeit der Verwaltung und mit unseren Beschlüssen dazu beigetragen, auch in diesem Aufgabenfeld vorbildlich zu sein. Dank an Dr. Börger, der hier mit persönlichem Einsatz Garant war und ist, dass dieses Ziel erreicht werden konnte.

Und das Land trägt was die U 3 Versorgung angeht die rote Laterne aller Bundesländer.

Mehr als 25.000 Plätze fehlen auf Landesebene, das ist die mehr als traurige Realität in unserem Land. Durch das Regierungsversagen werden die Kommunen in die Klagewelle getrieben, so sieht bürgerorientierte Regierungspolitik in NRW konkret aus.

Wie gesagt, alles hängt mit allem zusammen.

Das Land trägt auch etwas zum Kreishaushalt bei, nämlich einen weiteren Beitrag zur Verschlechterung der Situation sowohl in unserem Haushalt mit deutlich 1,3 Millionen Euro Minus in den Zuweisungen und für die Städte und Gemeinden mit 10,5 Millionen Euro weniger als 2012, die erneuten Verschlechterungen aus der 2. Modellberechnung sind hier berücksichtigt.

Während der Bund uns mit dem Argument der Solidarität erkennbar und nachhaltig hilft, schröpft uns die rot-grüne Landesregierung ebenfalls mit dem Argument der Solidarität- aber eben einer sehr eigenen Interpretation. Hier meint Solidarität einseitige Belastung der leistungsstarken ländlichen Räume die sich ihrer Verantwortung für solide Haushaltsführung immer bewusst waren und auch so handelten.

Anders als die Verdichtungscentren an Rhein und Ruhr, die munter drauflos wirtschaften, Kultur und Sozialangebote unterbreiten als koste es kein Geld oder Honorare für politische Redebeiträge zahlen, die die Grenze des Unanständigen längst überschreiten, die zukünftige Generationen mit Schuldentürmen erdrücken und nun nach Hilfe rufen, die ihnen das Land auf Kosten des ländlichen Raums gewährt.

Auch hier werden die Zusammenhänge deutlich, alles hängt mit allem zusammen.

Der Minister Schneider greift mal eben in die Tarifautonomie ein, indem er für den ÖPNV den Tarifvertrag N verbindlich erklärt. Das kostet nur im ländlichen Raum Geld. Kostendifferenz von Tarif NWO zum Tarif -N - für den Münsterlandkreis RVM 4,413 Millionen, für uns anteilig ca. 1 Millionen Euro zusätzliche Verlustabdeckung für den ÖPNV. Das sind mal eben 0,3 Punkte Kreisumlage für die Zukunft obendrauf! Konsequenz sagen wir daher, dass es angesichts dieser Kostenexplosion und der erneuten Bedrohung mit weiteren Belastungen des ländlichen Raums durch die Entscheidung der Landesregierung, bei gleichzeitig einbrechenden Schülerverkehrszahlen einen weiteren Leistungsausbau im ÖPNV, wie z.B. die Schnellbuslinie Warendorf Ahlen nur geben darf, wenn wir die Kostenzuwächse regulieren können. Wir haben dazu den entsprechenden Antrag gestellt und zur Mehrheit geführt.

Dazu gehört aber auch, dass wir im Interesse der Städte und Gemeinden kritisch hinterfragen, ob das Leistungsangebot so überhaupt fortgesetzt werden kann.

Auch hier ist der Hinweis auf die Zusammenhänge wichtig und richtig.

Alles hängt mit allem zusammen.

Ein weiteres Beispiel für negative Landespolitik:

Die Verweigerung der Planung von Verkehrsinfrastruktur, die von Herrn Daldrup, bei einer Bürgerinitiative in Neuwarendorf im November so hoch gelobt wurde, bis hin zur Aufforderung den örtlichen Widerstand zu organisieren. Bedeutsam ist hier die Feststellung, dass **die SPD Kreispartei**, anders als bislang die SPD Kreistagsfraktion den Konsens zur Beurteilung der Verkehrsinfrastruktur aufzukündigen scheint.

Das ist ein Angriff auf die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger und wir sind dankbar für die Initiative von Reinhold Sendker hier die unverrückbare Überzeugung der Region zur Notwendigkeit der Umgehungsstraßen durch konzertierte Aktionen zu unterstreichen und in Berlin erfolgreich zu Gehör zu bringen.

Die rot-grüne Landesregierung unterläuft mit ihrer Verweigerung zur Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur wichtige Vorhaben im Kreis Warendorf und hängt unsere Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger in der Mobilitätsentwicklung weiter ab.

Grün verweigert darüber hinaus die Weiterentwicklung des Flughafens.

Bis in den Kreistag hinein reicht die Verweigerung, denn die Grünen lehnten im September die benötigte Kapitalerhöhung für den FMO ab.

Nur wenn es um das Verteilen von Wohltaten geht, machen sich Özdemir und Co auf allen Ebenen- auch hier im Kreis zum Vorreiter mit breiten Spenderhosen.

Die Anhebung der Hartz 4 Sätze auf 420 Euro, kostet Unsummen, aber es ist ja gut angelegtes Geld aus Sicht der Gesellschaftsbeglücker.

Keine Sanktionen gegen Arbeitslose durch das Job-Center, wenn sie gegen ihre Pflichten zur Arbeitsaufnahme oder zur Vorstellung oder Weiterbildung verstoßen wird da für eine rot-grüne Bundestagsmehrheit als Programmpunkt gefordert.

Wir sanktionieren im Kreis natürlich auch- und das soll auch so bleiben, denn wer Leistungen der Bürgerinnen und Bürger in Anspruch nimmt, von dem darf erwartet werden, dass die Hilfe auch angenommen wird und er seine Pflicht erfüllt.

Durch verantwortungsvolle Sanktion durch das Job-Center wurden so zu Unrecht erhaltene Bezüge in Höhe von 127.000 Euro in diesem Jahr einbehalten.

Wir können die Verwaltung nur ermuntern, diesen Weg konsequent fortzusetzen.

Die Grünen streben mit der SPD im Schlepptau eine neue Verteilungsorgie im Bund an, mit den Rücknahmen der einzigen sinnvollen Reform die rot-grün auf den Weg brachte, nämlich den Hartz 4 Regelungen, beim Rentenalter, mit der Einführung einer Solidarrente von 850.-Euro, beim Familiensplitting,

Steuererhöhung bei Erbschaft- und Einkommenssteuern, Vermögensabgaben, Transferunion und Eurobonds mit der einkalkulierten Schwächung der deutschen Wirtschaft, so sehen ihre Zukunftsentwürfe für die Republik aus, natürlich, wenn sie umgesetzt würden, mit erheblichen Nachteilen auch für uns hier im Kreis Warendorf.

Sie wollen die CDU, so sagte es Özdemir auf dem Parteitag abschaffen, wörtlich:

Die sind über, die brauchen wir nicht, wir brauchen nur ihre Wähler.

Welch eine Überheblichkeit, welche Gesinnung wird dort sichtbar.

Die Grünen wollen die Rolle der Supernanni für die Nation spielen und die Bürgerinnen und Bürger in einer Art Sendungsbewusstsein umerziehen, wie das u.a. auch durch ihren Antrag zum Fair Trade hier im Kreis deutlich wurde. Die Grünen sind und werden nicht Partei der Mitte, sie sind mit dem Exkommunisten Trittin in der Tradition der Umverteiler verhaftet, wie das Herr Brüderle in der Welt vor wenigen Tagen zutreffend beschrieb.

Wir sind die Mitte der Bürgerschaft! Wir sind diejenigen, die für Sozialpolitik mit Augenmaß, für Solidarität ohne Einbahnstraße, für Subsidiarität und wirtschaftliche Stabilität eintreten.

Wir sind die Garanten für Entlastung zukünftiger Generationen, die Grünen kennen nur Ausweitung der Leistung und Umverteilung.

Das ist alles andere als sozial, das ist der fortgesetzte Anschlag auf die Gestaltungsmöglichkeiten der nachwachsenden Generationen.

Wie gesagt, auch hier hängt alles mit allem zusammen.

Sie wollen die Erhebung von Daten für alternative Energien im Kreis, ebenso wollen sie den fairen Handel durch Kreispolitik verordnen.

Sie halten das für einen wesentlich inhaltlichen Beitrag zur Problemlösung im Kreis.

Sie haben im Kreisausschuss die Ablehnung mit dem Hinweis begründet, ihre Anträge seien abgebugelt worden.

Ich frage mal, welche Anträge? Sie haben zwei Anträge von Sozialverbänden abgeschrieben und sich zu eigen gemacht. Sie haben insgesamt 9 Anfragen gestellt, die allesamt, so hat es auch die SPD richtig bemerkt, mit dem Haushalt nicht im Ansatz zu tun hatten.

Vorgetäuschte politische Aktivität ersetzt noch lange nicht geistige Windstille, so fällt unsere Bewertung dazu aus!

Wir handeln, zwar nicht mit Kaffeebohnen und Tee, aber mit zahlreichen überzeugenden Konzepten zum Beispiel

- mit dem Energie Award,
- mit einem hervorragenden Gebäudemanagement,
- mit der Neueinstellung eines Klimaschutzkoordinators,
- mit einer sehr gut aufgestellten Abfallwirtschaftsgesellschaft die ihren Beitrag dazu leistet,
- mit innovativen Projekten, wie der Verdieselung mit Concord Blue und
- mit der Produktion von Ersatzbrennstoff
- sowie mit der Nutzung des Deponiegases für Stromerzeugung in Blockkraftheizwerken und nicht zuletzt
- mit Großflächen Fotovoltaik oder dem jüngsten Kind, dem Wärmetransfer per Anhänger, der es möglich macht, erzeugte Wärme am Standort Ennigerloh zu Abnehmern zu transportieren und nutzbar zu machen.

So sieht konkret gestaltete Umwelt- und Entsorgungspolitik im Kreis aus und die Grünen lehnen den Haushalt u.a. auch mit der Begründung ab, er sei zu wenig grün! Welch ein Realitätsverlust ist da erkennbar.

In den Gremien der AWG sind sie die einzigen politischen Bedenkenträger.

Sie stimmten sogar gegen die Senkung der Entsorgungsgebühren und damit gegen die Entlastung für Wirtschaft und Bürgerschaft.

Wir sanieren nun in den nächsten Jahren das Kreishaus, auch das ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Klimabilanz und damit ein Beitrag zur Umsetzung der Klimaschutzziele und im ersten Ansatz zur deutlichen Verbesserung der barrierefreien Zugangsmöglichkeit für behinderte Menschen und zur Arbeitsplatzverbesserung im Eingang des Kreishauses.

Keine Vorgartenverschönerung, das wissen Sie genau und dennoch haben sie auch dieses Anliegen abgelehnt.

Sie fordern ständig Berichte zur Situation der Umwelt und der Behinderten ein, wenn dann konkret gehandelt werden soll, sagen sie nein.

Das ist Konfusion pur!

Wie gesagt, alles hängt mit allem zusammen.

Wer den Haushalt ablehnt, weil man die Verteilungsorgie zu Lasten späterer Generationen zum Beispiel durch das geforderte Sozialticket für vorrangig hält und sich damit aus der Gesamtverantwortung stiehlt, der wird den Erfordernissen für solide Kreispolitik nicht gerecht.

Wir bedauern ausdrücklich, dass die SPD Fraktion bei der hohen Übereinstimmung in den Eckpunkten der Umwelt, Verkehrs-Kultur- Finanz- und Sozialpolitik des Kreises, wie das in den Fachausschüssen für diesen Haushalt aber auch in den zurück liegenden Haushaltsjahren deutlich wurde, in diesem Jahr wegen der Ablehnung des Sozialtickets aus dieser Gesamtverantwortung aussteigt.

Es verbindet uns sachlich wesentlich mehr als uns heute trennt.

Ich sage Ihnen aber dennoch, das geforderte Sozialticket ist und bleibt unsozial, weil es den Abstand zum Erwerbseinkommen der Menschen weiter verringert.

Es ist unsozial, weil wir Mobilität erkaufen sollen, die auf Pump finanziert ist und somit zur Belastung unserer Kinder als Bumerang zurückkommt.

Das Sozialticket ist nicht nachhaltig, denn es wird auf Landesebene zu Lasten der Fahrzeugunterhaltung bei Bahn und Bus finanziert.

Rot-Grün verdoppelt den Etat für das Sozialticket von 30 auf 60 Millionen und nimmt das Geld aus dem Titel für Fahrzeugunterhaltung.

Das bedeutet im Klartext: **Wir bezahlen die zusätzliche Mobilität auf Kosten der Sicherheit unserer Verkehrsmittel. Haben sie aus den Unterlassungen in der Straßenunterhaltung denn gar nichts gelernt?**

Wir sagen dazu ein klares und begründetes Nein! Zusammen mit FDP und FWG.

Da lobe ich ausdrücklich die differenzierte Haltung der sehr pragmatisch arbeitenden Linken im Kreistag.

Sie erkennen, dass der Haushalt in seinen Grundzügen sehr positiv ist obwohl sie auch das Sozialticket unterstützt haben.

Sie können aber zwischen Ablehnung aus Prinzip und Gesamtverantwortung für den Kreis unterscheiden.

Das und genau das macht den wesentlichen Unterschied. Dafür sage ich ausdrücklich ein Wort der Anerkennung. Sie hätten sich das ja auch sehr einfach machen können.

SPD und Grüne müssen den Menschen erklären, dass sie bei ca. 1 Promille Haushaltsvolumen, so viel macht das Sozialticket zum Gesamtvolumen von 315 Millionen etwa aus, einen durchweg solide aufgestellten Haushalt ablehnen.

Alles hängt mit allem zusammen.

Ich erwähnte eben die Mehrbelastung von 117.000 Euro durch die EEG Umlage, die natürlich jetzt der Bundesregierung angelastet wird.

Ich erinnere daran, dass das Urheberrecht hier bei Herrn Trittin in einer rot-grünen Regierungsverantwortung liegt.

Ich rufe den Zusammenhang in Erinnerung:

Als vor 14 Jahren die deutschen Strommonopole aufgehoben wurden waren die Ziele der Marktliberalisierung noch klar umrissen:

Günstig sei die Stromversorgung, umweltfreundlich und sicher.

So bestimmte es die Präambel des Energiewirtschaftsgesetzes.

Mehrere rot-grüne Regierungsbeteiligungen später war das Zieldreieck deutscher Energiepolitik aufgelöst.

Aus Marktwirtschaft wurde reine Staats- und Planwirtschaft.

Herrn Trittin und der seinerzeitigen Rot-grünen Bundesregierung ist der heutige unerträgliche Zuwachs in den Energiekosten zu verdanken.

Diese Regierung versucht nun Schranken der Kostenentwicklung einzubauen, das braucht Zeit ist aber auch dringend zur Entlastung der Wirtschaft, des Mittelstandes und unserer Bürgerinnen und Bürger erforderlich.

Auch hier hängt die heutige verhängnisvolle, wirtschafts- und bürgerfeindliche Stromkostenentwicklung mit den falschen politischen Entscheidungen rot-grüner Bundesregierungen zusammen.

Gestatten Sie mir ein Fazit:

Von der SPD und von den Grünen haben wir in diesem Jahr keinen Antrag erhalten, der darauf abzielt, die Kosten im Kreishaushalt und damit die Umlagebedingungen für die Städte und Gemeinden zu reduzieren.

Alle Anträge waren auf Mehrbelastung für 2013 und die Zukunft ausgerichtet.

Von der FWG nehmen wir zur Kenntnis, dass sie offensichtlich die Rolle des Kreises als die Summe der Gemeinden definiert, denn anders ist die den Grundsätzen solider, nachhaltiger und verlässlicher Finanzpolitik widersprechende Forderung der völligen Aufgabe einer Ausgleichsrücklage nicht erklärbar.

Ich stelle, sehr geehrter Kollege Nahrman, nochmals mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes fest, auch wenn das heute in der Abstimmung anders erscheint.

Anders die CDU, mit erkennbarer Unterstützung von FDP und Linken im Kreistag, wie das in den Ausschüssen deutlich wurde.

Wir stellten uns den Aufgaben die sich aus dem NKF Weiterentwicklungsgesetz ergaben und beantragten, zusammen mit der FDP die Aufstockung der Ausgleichsrücklage mit dem einzigen Ziel: Freiraum schaffen für weitere, über den Ansatz der Einbringung hinausgehende Entlastung für die Städte und Gemeinden! Wir brauchten dazu keinen Forderungskatalog der Bürgermeister, den wir abarbeiteten, wir handeln aus Überzeugung gemeindefreundlich.

Kreisfinanzpolitik wird im Kreistag gemacht, nicht in den Rathäusern, das ist so und das bleibt auch so.

Ich mache das deutlich:

2011 entnahmen wir der Ausgleichsrücklage 800.000.-Euro, 5 Millionen Ausgleichsrücklage setzten wir im Jahr 2012 zur Gestaltung der Umlage ein, für 2013 sind mit der Kreisübernahme der weiteren Belastung aus der LWL Umlage neben den vorgemerkten 2,4 Millionen bis zu 1,2 Millionen an Entlastung vorgesehen.

Also in nur zwei Haushaltsjahren geben wir ca. 9 Millionen an Ausgleichsrücklage und damit an Eigenkapital und Liquidität zugunsten der Städte und Gemeinden ab, buchten aber nur 7,5 Millionen in den letzten Jahren aus den Jahresüberschüssen ins Eigenkapital.

Wer rechnen kann ist klar im Vorteil, wir geben mehr an Eigenkapital ab, als wir an Überschüssen einbehalten mussten.

Wir aktualisieren unsere Bilanz, und reagieren damit jetzt auf die Vorgaben des Gesetzgebers, der eine Anpassung in einer Größenordnung von 13 Millionen Euro nun gegen das Bilanzvermögen möglich macht.

Wir reduzieren die Jugendamtsumlage gegenüber dem Entwurf um 0,6 von 17,5 auf 16,9 Punkte und in der Summe von 26,75 Millionen auf 25,79 Millionen, also um 960.000 Euro. Das ist eine deutliche Entlastung für die Städte und Gemeinden.

Wir reduzieren auf der Grundlage eingebrachter Anträge aus CDU und FDP, und FWG konkret weitere Kostenentwicklungen. So werden die Kosten für die Sanierung des Kreishauses gestreckt, Teile der Renovierung des Berufskollegs in Beckum aus der umlagewirksamen Berechnung in den investiven Teil gesteckt. Beide Maßnahmen reduzieren den Umlagebedarf um ca. 180.000.-Euro,

Wir sichern den Pensionsfond mit weiteren 2 Millionen und reduzieren die Zukunftslast für spätere Generationen. Wir vermeiden weitere Schulden und senken den Altschuldenbestand.

Das sparte in den zurückliegenden Jahren bei 12 Millionen Schuldentilgung gut 480.000 Euro Zinsen, die über die Umlage erhoben werden müssten. Wir entlasten die Personalkosten für die Städte und Gemeinden, bei den Klärgrubenüberwachungen, mit dem Springer im Bau und Jugendamt, mit der Adoptionsvermittlung, mit dem Personalservice, dem erfreulicher Weise nun auch Beelen und Drensteinfurt im August 2013 beitreten werden. Es ließen sich weitere Beispiele kommunalfreundlich ausgeprägter Kreispolitik nahtlos weiter anführen.

So sieht Hilfe für Kommunen in Not aus, so stellt sich gelebte kommunale Solidarität dar. Wir reden nicht darüber, wir handeln! Nicht erst 2013, nicht erst auf Druck von außen, das ist unser Markenzeichen seit Jahren!

Unser Haushalt ist **solide** aufgestellt, Luftnummern gibt es nicht

Unser Haushalt ist gemeinde- und städtefreundlich, denn er führt erneut zu deutlichen Entlastungen vor Ort, wie das die Kämmerin aus Ahlen ausdrücklich lobend erwähnte.

Unser Haushalt ist **generationengerecht**, denn er nimmt Lasten für spätere Generationen weg, wir betreiben verantwortliche Vorsorge.

Unser Haushalt ist **nachhaltig**, denn unsere Konsolidierungsbemühungen aus 2010 und 11 wirken auch heute noch entlastungsbringend für die Kreisumlage, allein eingespartes Personal mit ca. 400.000 Euro.

Nachhaltig auch deshalb, weil wir Zukunftsbelastungen heute vermeiden, durch die Ablehnung kostentreibender weiterer freiwilliger Leistungen.

Wir lassen den Städten die Chance, sich trotz schwerer Rahmenbedingungen ebenfalls weiter zu entschulden, allein Beckum mit weiteren 2,7 Millionen Euro trotz wegbrechender Gewerbesteuern.

Unser Haushalt ist fair, dieses Testat durch die Bürgermeister bestätigt den gelungenen Interessenausgleich ein weiteres Mal.

Ursache dieser positiven Entwicklung ist die durch maßgebliche Initiativen der bürgerlichen Mitte im Kreistag verantwortlich gestaltete Politik, umgesetzt von einer verantwortlich handelnden Verwaltung unter Leitung unseres Landrates Dr. Olaf Gericke.

Ich denke ich habe den Nachweis führen können, dass
Alles eben mit allem zusammenhängt.

Ich komme zum Schluss:

Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
die CDU Kreistagsfraktion stimmt in Verantwortung für solide Haushaltsführung dem
durch die Beratungen veränderten Haushalt zu.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die Unterstützung im laufenden Jahr, für die
zahlreichen Sach- und Fachgespräche mit den Dezernenten, bei den Fraktionen von
SPD, FDP, Linken, und FWG, die , anders als die Grünen, auch bei unterschiedlicher
Auffassung in Sachfragen im laufenden Jahr den von uns angebotenen und geübten
Dialog wollten.

Ich sage einen besonderen Dank an meine Fraktionsmitglieder, die auch in diesem
Jahr mit ungezählten Sitzungsstunden in den Arbeitskreisen, den Fachausschüssen
und Kreisgremien und den Beratungen in der Gesamtfraktion einen ganz
wesentlichen ehrenamtlichen Beitrag im Sinne bürgerschaftlichen Engagement
erbracht haben.

Auch hier ist richtig, nichts geht von allein. Nichts geschieht nur einfach so.
Einsatz, Engagement und Gestaltungswille hängen mit der Realität, wie sie im Kreis
vorliegt, sehr eng zusammen.

Ich wünsche Ihnen und Euch mit den Familien und den Freunden eine ruhige und
besinnliche Weihnachtszeit,
einen guten und gesunden und von Gott begleiteten Wechsel in das
Jahr 2013.

Ich verknüpfe mit den Wünschen aber auch die Hoffnung, dass wir im Jahr 2013 bei
der Gestaltung der anstehenden Probleme erneut dem Konsensprinzip folgen, denn
uns eint in den zentralen Sachfragen wesentlich mehr, als uns inhaltlich trennt auch
wenn das in dem heute anstehenden Abstimmungsergebnis nicht so deutlich wird.
Es hängt eben alles mit allem zusammen.

Ich danke Ihnen